

Armutsbericht: Das Armutszeugnis

1. Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. den Begriff der (relativen) Armut kennen lernen.
2. die Ergebnisse des aktuellen Armutsberichtes analysieren.
3. wesentliche Ursachen für Armut in Deutschland erfassen, sowie Maßnahmen zu deren Bekämpfung vergleichen.

2. Aufgaben

1. *Definieren Sie den Begriff der Armut, wie er in Deutschland Verwendung findet. Stellen Sie hierbei den Unterschied zwischen „relativer“ und „absoluter“ Armut dar.*
2. *Fassen Sie mit Hilfe der angehängten Grafiken die wesentlichen Ergebnisse des aktuellen Armutsberichtes zusammen. Erörtern Sie hierbei, welche der Ergebnisse als besonders alarmierend anzusehen sind.*
3. *Erläutern Sie, inwiefern die Ergebnisse und Daten aufgrund des Erhebungszeitraums einer besonderen Interpretation bedürfen. Verdeutlichen Sie den Einfluss der konjunkturellen Entwicklung in den letzten zwei Jahren hierauf.*
4. *Benennen Sie die wesentlichen Ursachen für Armut in Deutschland. Beschreiben Sie die in diesem Zusammenhang zu beobachtenden Entwicklungen in den vergangenen Jahren.*
5. *Erörtern Sie die vom Autor des Artikels vorgeschlagenen politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut in Deutschland. Nehmen Sie Stellung zu diesen, indem Sie eine begründete Bewertung liefern.*
6. *Geben Sie die Vorschläge von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern bzgl. der Bekämpfung der Armut in Deutschland wieder. Ermitteln Sie die in diesem Zusammenhang auftretenden Kontroversen und identifizieren Sie die hierfür u. a. verantwortlichen Interessengruppen.*

Armutsbericht: Das Armutszeugnis

Der Scholz-Bericht hat die Verteilungs- und Gerechtigkeitsdebatte noch einmal angeheizt. Dabei zeigen die Zahlen vor allem eins: Ohne Bildungsoffensive und einen Ausbau der Kinderbetreuung zur Verbesserung der Berufschancen ist das Problem nicht zu lösen.

- Die Armutsberichte von Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen, die Deutschland ein immer weiteres Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich bescheinigen, sind inzwischen Legion. Nun bestätigt auch der Entwurf eines dritten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, den Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) gestern vorstellte, zumindest auf den ersten Blick das traurige Bild: Jeder vierte Bundesbürger ist danach von dauerhafter Armut bedroht oder muss durch staatliche Leistungen vor diesem Risiko bewahrt werden.
- 10 Dabei halbieren staatliche Sozialtransfers wie Arbeitslosen-, Kinder- und Wohngeld das Armutsrisiko von 26 auf 13 Prozent unter den EU-Durchschnitt von 16 Prozent. Bei Kindern reduzieren sie das Risiko der Einkommensarmut sogar von 34 auf 12 Prozent.
- 15 Doch nährt der Bericht selbst starke Zweifel an der Aussagekraft dieser Daten. Denn sie stammen aus dem Jahr 2005. Damals war die deutsche Wirtschaftskrise auf ihrem Höhepunkt. Die Arbeitslosenzahl erklomm mit 5,29 Millionen den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung, die Hartz-IV-Reformen hatten noch keine Zeit zu wirken. Die Bruttoeinkommen der Beschäftigten waren allein zwischen 2002 und 2005 um 4,2 Prozent geschrumpft, gleichzeitig war der Niedriglohnsektor unter dem Druck der schwachen Konjunktur auf ein Drittel der Beschäftigten gewachsen.
- 20
- Seit 2006 hat die Zahl der Beschäftigten dagegen dank des erstarkten Wirtschaftswachstums mit nahezu 40 Millionen eine historische Rekordmarke erreicht. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs wächst wieder, liegt allerdings mit knapp 27 Millionen immer noch unter dem Niveau des Jahres 1998. Auch bei den Löhnen geht es seit 2006 zunächst langsam, seit diesem Jahr aber deutlich wieder aufwärts.
- 25
- Selbst Scholz wollte daher gestern nicht ausschließen, dass das Armutsrisiko in den vergangenen Jahren eher gesunken als weiter gestiegen sei, zumal der Aufschwung inzwischen auch die Problemgruppen am Arbeitsmarkt wie Langzeitarbeitslose, Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Ausländer und Schwerbehinderte erreicht hat.
- 30
- Aussagekraft dürfte der Bericht daher vor allem bei der Ursachenanalyse von Armutsrisiken haben. Und hier stellt er, wie gestern auch die Union beklagte, der Politik früherer Bundesregierungen ein denkbar schlechtes Zeugnis aus. So sinkt das Risiko für Kinderarmut in dem Moment, wo ein Elternteil voll erwerbstätig ist, schlagartig von 48 auf acht Prozent. Arbeiten zwei Familienmitglieder, sind es nur vier Prozent. Das wirft die Frage auf, warum die Politik erst jetzt mit dem Kinderbetreuungsausbaugesetz begonnen hat, Eltern die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf mit einem erst für 2013 angepeilten flächendeckenden
- 35
- 40

Betreuungsangebot zu erleichtern, und warum das Elterngeld erst 2007 eingeführt wurde.

45

Auch die frühere Bildungspolitik von Bund und Ländern kommt in dem Bericht nicht gut weg: 13,8 Prozent der Jugendlichen waren 2006 ohne Schulabschluss. In Ostdeutschland stieg der Anteil der "frühen Schulabgänger" zwischen 1996 und 2006 sogar von sechs auf elf Prozent. 15 Prozent der Bevölkerung bleiben dauerhaft ohne abgeschlossene Berufsausbildung und haben damit kaum Chancen auf dem
50 Arbeitsmarkt. Die Koalition beschloss gestern, vor allem diesem Personenkreis nun durch die Einführung eines Rechtsanspruchs auf den nachträglichen Erwerb eines Hauptschulabschlusses zu helfen. Zudem verweist der Bericht auf eine Reihe neuer bildungspolitischer Initiativen: So wird ab 2009 ein Ganztagschulprogramm
55 aufgelegt, ab 2010 folgt ein Ausbildungsbonus. Erst im Herbst 2007 verständigte sich die Kultusministerkonferenz darauf, die Zahl der Schüler ohne Abschluss und die Anzahl der Ausbildungsabbrecher zu halbieren.

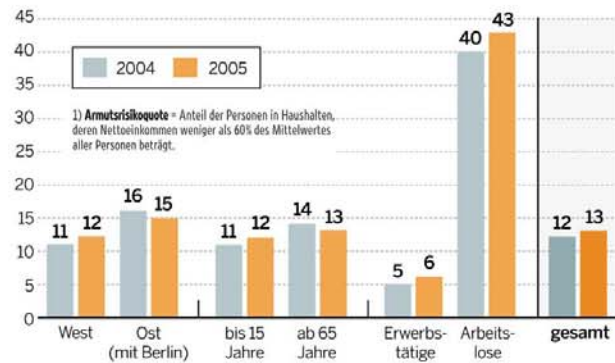
Das beste Mittel gegen wachsende Armutsrisiken sei, so heißt es im Berichtsentwurf, die Berufstätigkeit. Den größten Zuwachs gab es hier in den vergangenen Jahren bei
60 den sogenannten flexiblen Beschäftigungsformen wie selbstständiger, geringfügiger und zeitlich befristeter Erwerbstätigkeit. Sie bilden inzwischen zumindest teilweise eine Brücke in sozialversicherungspflichtige Dauerjobs. Gleichwohl bekräftigte
65 Arbeitsminister Scholz gestern das Ziel der Bundesregierung, durch mehr branchenspezifische Mindestlöhne gerade in diesem Wachstumsbereich Lohnuntergrenzen einzuziehen. Die Gewerkschaften forderten dagegen erneut einen allgemeinen Mindestlohn.

In den Augen der Wirtschaft ist aber gerade das Gift für den angelaufenen
70 Beschäftigungsaufbau. Sie drängt dagegen auf sinkende Steuern und Abgaben. "Das größte Armutsrisiko für Bezieher unterer und mittlerer Einkommen liegt in der hohen Steuer- und Abgabenlast," sagte der Präsident des Verbandes "Die Familienunternehmer", Patrick Adenauer, dem Handelsblatt. Rufe nach mehr Sozialtransfers zielten dagegen am Problem vorbei. "Man kann Armut nicht dadurch
75 bekämpfen, dass man die Betroffenen dauerhaft an den Finanztropf der Solidargemeinschaft hängt."

Quelle: Thelen, P., Handelsblatt Nr. 096 vom 20.05.08 Seite 2

Angst vor dem Abstieg

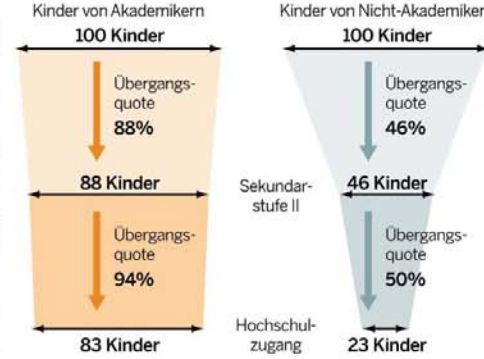
Einkommensarmutsrisiko¹⁾, Quote in %



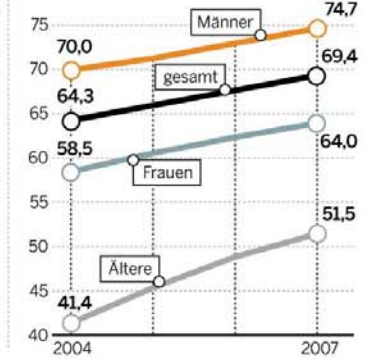
Armutsrisiko der Gesamtbevölkerung



Bildungsbeteiligung von Kindern



Erwerbstätige*, Quote in %



Handelsblatt | *Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15-64 Jahren, bzw. 55-64 Jahren bei den Älteren; Quellen: Statistisches Bundesamt, Eurostat, EU

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
 Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden
 Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de
 096/08 20. Mai 2008